



Susanne Mittag
Mitglieder des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Susanne Mittag: Zu wenig Tierschutz bei Agrarreform

Berlin, 26.03.2021

Bezug:

Anlagen:

Susanne Mittag, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Paul-Löbe-Haus

Raum: 5.133

Telefon: +49 30 227-78171

Fax: +49 30 227-70173

susanne.mittag@bundestag.de

Wahlkreis:

Arthur-Fitger-Straße 10

27749 Delmenhorst

Telefon: +49 4421 -152 1212

Fax: +49 4221 -152 1222

susanne.mittag@bundestag.de

Anlässlich der ausgehandelten Kompromisse der Agrarministerkonferenz für die zukünftige Verteilung der EU-Fördermittel für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), äußert sich die tierschutzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Susanne Mittag:

„Auf der Agrarministerkonferenz (AMK) zur Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) kam die Nutztierhaltung leider zu kurz. Angesichts der großen Herausforderungen beim Umbau der Tierhaltungssysteme und der Einführung eines staatlichen Tierwohllabels, werden die Möglichkeiten zur Ausgestaltung der Förderung nicht ausreichend genutzt. Die Agrarumweltmaßnahmen, sogenannte Eco-Schemes, sind in der finanziell besser ausgestatteten 1. Säule der GAP angesiedelt. Welche Maßnahmen damit gefördert werden sollen, kann jeder Mitgliedstaat aus einer Vorschlagsliste der EU auswählen. Der aktuelle Beschluss der AMK sieht lediglich die Einführung einer Weidetierprämie vor. Diese ist an sich sehr begrüßenswert, aber die Liste der EU ermöglicht viel mehr Fördermaßnahmen im Nutztierbereich. Dazu zählen vor allem Verbesserungen in der Haltung durch mehr Platz und Stroh. Aber auch Züchtungen für mehr Robustheit, bessere Fruchtbarkeit und Langlebigkeit von Nutztieren könnten förderwürdig sein. Präventions- und Kontrollmaßnahmen im Bereich der Tiergesundheit, bis hin zum verbesserten Infektionsschutz wären ebenfalls potentiell förderwürdig.“

Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion müssen alle Anstrengungen unternommen werden, die GAP so umzustrukturieren, dass gesellschaftlich erwünschte Umweltleistungen und Tierwohleleistungen in der Landwirtschaft gezielt honoriert werden. Es ist nicht mehr zu vermitteln, dass die Direktzahlungen nahezu ohne Vorbedingungen pauschal nach Flächengröße ausgeschüttet werden, aber der notwendige, tierwohlgerechte Umbau der Nutztierhaltung ausschließlich durch neue Steuern und Abgaben finanziert werden soll.“